



Detailansicht des Registereintrags

Zentrum für Digitalrechte und Demokratie

Aktuell seit 01.10.2026 15:44:41

gGmbH

Registernummer:	R007920
Ersteintrag:	31.03.2026
Letzte Änderung:	01.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Görlitzer Str. 52 10997 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4915792487499 E-Mail-Adressen: kontakt@digitalrechte.de Webseiten: <u>digitalrechte.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,10

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Markus Beckedahl

Funktion: Gründer und Geschäftsführer

2. Benjamin von der Ahe

Funktion: Stellv. Geschäftsführer und Head of Finance and Organisation

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. Michael Kolain

Tätigkeit bis 01/25:

Fraktionsreferent für Digitalpolitik

für eine Fraktion/eine Gruppe im Deutschen Bundestag

2. Joris Kanowski

3. Alena Jakobs

Tätigkeit bis 03/25:

Referentin

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

4. Markus Beckedahl

5. Benjamin von der Ahe

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (24):

EU-Gesetzgebung; Cybersicherheit; Extremismusbekämpfung; Kriminalitätsbekämpfung; Terrorismusbekämpfung; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Kultur; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Massenmedien; Meinungs- und Pressefreiheit; Urheberrecht; Werbung; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Verwaltungstransparenz /Open Government; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und des Bundestages geführt und fachliche Einschätzungen schriftlich übermittelt.

Das übergeordnete Ziel des Zentrums für Digitalrechte und Demokratie ist die Begrenzung der strukturellen Macht von Big Tech Unternehmen in Deutschland und die Befreiung aus

technologischen Abhängigkeiten. Wir setzen uns weiterhin für den Erhalt digitaler Grundrechte, den digitalen Verbraucherschutz, die Förderung der europäischen und deutschen digitalen Souveränität, die konsequente Anwendung von Digitalgesetzen, faire Wettbewerbsbedingungen und die Förderung offener technologischer Alternativen ein und beeinflussen mit diesem Ziel die Gesetzgebung.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Förderung von freien, dezentralen und souveränen Plattformen

Beschreibung:

Eine Alternative zu Big-Tech-Plattformen existiert bereits: das Fediverse. Ein Netz aus freien, dezentralen Plattformen, die auf offenen Standards und quelloffenem Code basieren. Darum schlagen wir ein konkretes Förderkonzept vor: Ein strukturiertes Innovations-Förder-Programm, das Bund und Länder befähigt, gezielt Strukturen für eine souveräne digitale Öffentlichkeit aufzubauen. Um vom Analysieren und Konzipieren schnell ins Handeln zu kommen, sollte der Bund ein Förderprogramm mit festem Haushaltstitel und klarer Zuständigkeit aufstellen.

Betroffenes geltendes Recht:

DDG [alle RV hierzu]; SPRINDFG [alle RV hierzu]; HG 2026 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511250015 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

2. Digitale Souveränität der Deutschen Bundesregierung

Beschreibung:

Auf dem Europäische Gipfel für Digitale Souveränität im November 2025 hat die Bundesregierung das Ziel der digitalen Souveränität bekräftigt. Wir setzen uns dafür ein, dass auf diese Ankündigungen konkrete Maßnahmen folgen. Insbesondere sollte die

Bundesregierung eine Strategie entwickeln, wie sie die einseitige Abhängigkeit von US-amerikanischen Anbietern von Cloudlösungen und Bürosoftware verringert. Dafür gibt es drei gute Gründe: Geopolitische Erpressbarkeit wird verringert, europäische Anbieter werden über den Staat als Ankerkunden gefördert und sensible Daten sind sicher vor dem Zugriff durch die US-amerikanische Regierung.

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; VgV 2016 [alle RV hierzu]; BStG 2025 [alle RV hierzu]; EGovG [alle RV hierzu]; BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]

3. Schutz vor den psychologischen und gesellschaftlichen Risiken von suchtfördernden und sykopantischen KI-Systemen (Companion AI)

Beschreibung:

KI-Systeme, die im fortlaufenden Dialog mit Nutzern Emotionen erkennen, persönliche Bedürfnisse adressieren und darauf reagieren, werden als Companion-AI bezeichnet. Dies kann eine Funktion allgemeiner Sprachmodelle oder spezieller Apps sein. Die Bindung von Nutzenden durch Sykophanz (Gefälligkeit), emotionale Bindung, Simulation eines menschlichen Gegenübers und suchterzeugende Praktiken birgt eine Reihe von Risiken für die psychische und physische Gesundheit, die Privatsphäre und die Entscheidungsautonomie. Wir fordern eine Reihe von Gesetzesanpassungen, die dieses Problem adressieren.

Betroffenes geltendes Recht:

DDG [alle RV hierzu]; UWG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605220004 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.05.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

290.001 bis 300.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. Demokratie-Stiftung Campact

Betrag: 260.001 bis 270.000 Euro

Die Demokratie-Stiftung Campact unterstützte das Zentrum für Digitalrechte und Demokratie mit einer Förderung für gemeinnützige Zwecke für das Jahr 2025.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro